

Positionierung des BDKJ NRW zur Situation von Geflüchteten

Rund 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Das ist die höchste Zahl, die der United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCR) jemals gemeldet hat. Und bereits jetzt ist sicher, dass die Zahlen weiter steigen werden.

Die Ursachen, dass Millionen Menschen in ihrer Heimat keine Sicherheit, Zukunft und Lebensgrundlage mehr finden, sind vielfältig, lassen sich aber immer wieder auf die gleichen Zusammenhänge reduzieren. Wirtschaftliche Ausbeutung, einhergehend mit Unterdrückung, völkerrechtswidrigen Kriegen, z. B. auf dem Balkan, im Irak und Afghanistan, und fehlende Teilhabe. Wir stehen heute nicht am Beginn dieser Entwicklung, sondern heute bewahrheiten sich Prognosen, die schon vor über 25 Jahren mahndend von der Wissenschaft formuliert worden sind. Es ist Zeit zu akzeptieren, dass wir in Europa nicht länger unseren Wohlstand auf Kosten anderer aufbauen können! Unser Wohlstand, das stetig wachsende Gefälle zwischen Arm und Reich und das Wissen darum, sind ein Hauptgrund für die Millionen Menschen auf der Flucht. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik.

Es ist Zeit, dass alle Staaten der Europäischen Union sich auf die Präambel und den Artikel 1 der europäischen Verträge besinnen und zur Vernunft kommen. Die Aufgaben, die vor uns liegen, können nur gemeinsam in einer Werte- und Solidargemeinschaft bewältigt werden. Hieran entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit der EU.

1. Menschenrechte haben Priorität

Als Reaktion auf die NS-Verbrechen wurde 1948 die allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Ihre Entwicklung war der Gründungsauftrag der Vereinten Nationen. Bis heute ist sie die Grundlage unseres Wertesystems und die größte moralische Errungenschaft der Geschichte der Menschheit. Sie bildet einen der sechs Grundwerte der EU und ist für unser alltägliches Leben zur größten Selbstverständlichkeit geworden.

An den EU-Außengrenzen hat sie jedoch keinen Bestand mehr:

Entsetzt sehen wir täglich neue Meldungen von Menschen, die auf dem Weg nach Europa sterben. Wir sehen Bilder von Zäunen, die gebaut werden, und hören von „Push-back-Missionen“, bei denen Boote gezielt zurück vor europäische Gewässer gedrängt werden. Dieser Umgang mit Menschen, die ein Menschenrecht auf Asyl haben, macht uns fassungslos und wütend.

- **Oberste Priorität muss es sein, Menschenleben zu retten - und zwar bedingungslos. Alles andere muss nachrangig sein. Kosten und Angst vor Veränderung dürfen keine Rolle spielen. Wir fordern, dass die deutsche Politik sich endlich lautstark, unbeirrt und bedingungslos für die Rettung von Menschenleben an EU-Außengrenzen einsetzt.**

Positionierung des BDKJ NRW zur Situation von Geflüchteten

2. Fluchtursachen bekämpfen

Es gibt so viele Fluchtgründe, wie es Geflüchtete gibt. Doch im Kern fliehen die meisten Menschen vor Kriegen, Gewalt, humanitären Krisen und den Auswirkungen des Klimawandels. Solange es diese Gründe gibt, werden Menschen fliehen. Wir fordern dazu auf, diese Ursachen in den Blick zu nehmen. Verantwortliche Asylpolitik stellt die Frage, inwieweit die deutsche und inwieweit die europäische Gesellschaft für die vielfältigen Fluchtgründe (mit-)verantwortlich sind. Wie beeinflusst unser Handeln die Situation im globalen Süden? Eine verantwortungsvolle Politik benennt diese Verflechtungen und setzt sich ein für faire Handelsbedingungen, eine echte Friedenspolitik und unterstützt Regionen in Krisenzeiten. Erste Aufgabe der Politik ist die Wahrung der Menschenrechte und der Schutz der Lebensgrundlage. Wirtschaftliche Interessen müssen dem gegenüber nachrangig sein.

3. Rechtslage

Das Asylverfahren ist in Europa und in Deutschland geprägt durch unübersichtliche, umständliche und an vielen Stellen diskriminierende Gesetze und Strukturen. Das Asylbewerberleistungsgesetz verhindert gesellschaftliche Teilhabe und ist in höchstem Maße benachteiligend. Nachdem die Asylbewerberleistungen in einigen Regionen erst vor kurzem von Sach- auf Geldleistungen umgestellt wurden, hören wir entsetzt, dass der Koalitionsausschuss diese Umstellung rückgängig machen möchte. Das lehnen wir als menschenunwürdige Praxis strikt ab. Viele weitere Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 6. September 2015 dienen nicht einer menschenwürdigen Einwanderungspolitik, sondern stellen erneut eine Verschärfung des Asylrechts dar. Dies erinnert uns an die Geschehnisse in den 1990er Jahren und die damalige Verschärfung der Asylpolitik, deren Grenzen und Scheitern wir bis heute erleben.

- Wir fordern die vollständige und sofortige Abschaffung des Dublin-III-Verfahrens. Die Umsetzung des Verfahrens scheidet derzeit offensichtlich und führt zu absolut inakzeptablen Bedingungen für Geflüchtete.
- Wir fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die darin festgelegten Sätze liegen weit unter den Harz-IV-Sätzen und somit auch unter dem Existenzminimum. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Menschen, die in Deutschland Asyl erhalten, ein geringeres Existenzminimum haben sollten, als Menschen mit deutschem Pass.
- Wir fordern die Abschaffung der Abschiebehaft.

Haft ist die stärkste Sanktion, die unsere Gesellschaft kennt. Es ist nicht würdig, einen Menschen zu inhaftieren, weil er dem nachvollziehbaren Wunsch nach einem Leben in Sicherheit folgt.

- Wir fordern die Abschaffung des Flughafenverfahrens. JedeR Geflüchtete muss die Möglichkeit haben, anzukommen und sich in Ruhe auf die Asylbeantragung vorzubereiten.

Positionierung des BDKJ NRW zur Situation von Geflüchteten

Dass Menschen direkt nach ihrer Ankunft mehrere Tage noch am Flughafen in Gewahrsam genommen werden, ist Freiheitsberaubung und absolut menschenunwürdig.

- Insbesondere wenn es sich um Familien mit Kindern handelt, muss das Kindeswohl in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Gewähr des Kindeswohls ist von den kommunalen Jugendämtern vor jeder Abschiebung zu prüfen.
- In Bezug auf alle Bedingungen, die Minderjährige betreffen, fordern wir, dass das Kindeswohl sowie die UN-Kinderrechtskonvention ausschlaggebend für Entscheidungen sein müssen.

Das gilt sowohl für rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen, als auch für Einzelfallentscheidungen.

Zudem ist die Klassifizierung von sicheren Herkunftsländern nur mit großer Umsicht und genauer, intensiver Berücksichtigung der gesellschaftlichen und politischen Lage auch für Minderheiten und Frauen in den jeweiligen Ländern zu treffen.

- Wir fordern die bisherigen Klassifizierungen erneut zu prüfen. Insbesondere für die Wintermonate fordern wir einen Abschiebe-Stopp. Die im Koalitionsausschuss verabredete Einführung weiterer sogenannter sicherer Herkunftsländer hat nur negative Auswirkungen für die Menschen in diesen Ländern.

Vielen der hierher Geflüchteten droht dort die Obdachlosigkeit, die bei kalten Temperaturen gleichbedeutend mit Lebensgefahr ist.

Um in Deutschland eine gute Aufnahmesituation für Asylsuchende zu schaffen, begrüßen wir die Idee eines eigenen, gesonderten Ministeriums für Asyl und Migration. Die aktuelle Ansiedlung dieses umfangreichen Themenkomplexes im Innenministerium halten wir für problematisch und nicht ausreichend. Mit der Schaffung eines gesonderten Ministeriums kann eine nachhaltige Einwanderungspolitik gelingen.

4. Ressourcen

Unterbringung

Ein weiterer Bereich, der dringend Nachbesserung verlangt, ist die Unterbringung der Geflüchteten. Aktuell gibt es ein dreistufiges Unterbringungskonzept, das in den meisten Fällen auf großen Sammelunterkünften beruht. Sammelunterkünfte sind nicht der geeignete Ort um nach einer schwierigen Flucht endlich wieder Schutz der Intimsphäre, Ruhe und ein Gefühl von Sicherheit zu erleben. Oft sind die überfüllten Unterkünfte am Rande von Städten und Gemeinden, weit entfernt von ausreichender Infrastruktur gelegen. Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten, Schulen, Beratungsstellen und Behörden sind kaum oder unter schwierigen Bedingungen zu erreichen. Eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird hiermit unmöglich. Dies gilt insbesondere für minderjährige Geflüchtete.

Positionierung des BDKJ NRW zur Situation von Geflüchteten

- Wir fordern für Erstaufnahmeeinrichtungen eine maximale Aufenthaltsdauer von drei Monaten. Wo immer möglich, soll die Unterbringung in Sammelunterkünften vermieden werden. Die Erstaufnahmestandorte sollen nicht mehr zentralisiert sein und somit mehrere hundert Geflüchtete gleichzeitig beherbergen. Stattdessen soll auf dezentrale Erstaufnahmestandorte umstrukturiert werden. Die Aufnahmekapazitäten solcher Erstaufnahmeeinrichtungen müssen drastisch erhöht werden und auf Vorrat zur Verfügung stehen. Es ist für Kommunen und Geflüchtete untragbar, dass immer wieder völlig unvorbereitet innerhalb von wenigen Stunden Notlager errichtet werden müssen. Bei der Einrichtung neuer Unterkünfte muss auf transparentes und bürgernahes Behördenvorgehen gesetzt werden
- Geflüchtete, deren Aufenthaltsstatus positiv geklärt ist, sollen so früh und so oft wie möglich in privaten Wohnraum umziehen. Dafür braucht es umfangreiche Unterstützungsangebote bei der Wohnungssuche. Mittelfristig müssen Geflüchtete darüber hinaus in die kommunale soziale Wohnraumplanung einbezogen werden.
- Für unbegleitete minderjährige Geflüchtete fordern wir die Beibehaltung der Unterbringung am Ankunftsort. Anstatt unbegleitete Minderjährige mithilfe von Quotenregelungen quer durch Deutschland zu schicken, muss ein tragfähiges Aufnahmekonzept mit einem entsprechenden Finanzausgleich geschaffen werden.
- Das zweigliedrige System der Aufnahme durch die unteren Aufnahmebehörden muss verkürzt werden. Geflüchtete müssen von der Erstaufnahme direkt in die kommunale Unterbringung überführt werden.
- Solange ein Asylantrag läuft dürfen Menschen nicht auf Grund ihrer Herkunft unterschiedlich behandelt werden. Schnellere und einfachere Asylverfahren, vor allem bei Menschen aus dem Balkan, müssen weiterhin auf der Menschenrechtskonvention und der Verfassung basieren. Der Mensch muss im Vordergrund stehen! Insbesondere die aktuell errichteten Zeltstädte halten wir für eine schwierige Lösung. Bereits jetzt machen wir uns Sorgen, wenn wir an den bevorstehenden Winter denken. Jetzt ist der Zeitpunkt, um winterfeste Unterkünfte zu bauen.

Gesundheitsversorgung

Zurzeit müssen sich Geflüchtete in fast allen Bundesländern einen Berechtigungsschein beim Sozialamt holen, wenn sie krank werden bzw. einen Arzt besuchen wollen. Beim Arzt wird ein Kostenplan erstellt, der wiederum vom Sozialamt genehmigt werden muss, bevor eine ärztliche Behandlung stattfinden kann. Diese aktuellen Bedingungen im Krankheitsfall sind unwürdig und nicht hinnehmbar.

Positionierung des BDKJ NRW zur Situation von Geflüchteten

- Wir fordern alle Landesministerien auf, es Hamburg, Bremen und der Ankündigung Nordrhein-Westfalens gleich zu tun und für jeden Asylbewerber und jede Asylbewerberin von Anfang an eine Gesundheitskarte einzuführen, um gleichberechtigt am Gesundheitssystem teilhaben zu können.

Finanzielle Ressourcen

Wenn es um die Versorgung und Betreuung von Geflüchteten und AsylbewerberInnen in Deutschland geht, erleben wir einen großen Mangel an finanziellen Ressourcen. In den Einrichtungen fehlt es oft am Nötigsten. Unser Staat steht mit der Bearbeitung der derzeitigen Zahl von Asylanträgen vor einer großen Herausforderung. Und dennoch sind wir verwundert darüber, wie schwer der Umgang mit dieser Herausforderung fällt. Wir kennen unser Land als ein organisiertes Land, das in zahlreichen Einsatzgebieten beweist, dass es zu guter Planung und guter Logistik absolut in der Lage ist. Eine menschenwürdige Asylpolitik verlangt ein klares und uneingeschränktes Bekenntnis zu den Menschenrechten sowie die uneingeschränkte Einhaltung der UN Kinderrechtskonvention. Die Umsetzung dieser Standards verlangt die Zusage einer umfangreichen und ausreichenden Finanzierung.

- Wir fordern die Einhaltung dieser Zusage. Wir fordern eine vollständige Übernahme der Asylkosten durch den Bund und damit die Entlastung der Länder und Kommunen. Letztendlich ist es vor allem die Bundes- und Europapolitik, die die derzeitige Situation und viele der Fluchtursachen mit zu verantworten hat.

Finanzielle Mittel werden insbesondere benötigt, um personelle Ressourcen bedeutend aufzustocken. Aktuell fehlt es Geflüchteten in Deutschland an sozialpädagogischer Betreuung und Beratung sowie an gesundheitlicher und psychologischer Betreuung. Im Bereich der Verwaltung werden dringend Ressourcen benötigt, um reibungslosere Abläufe, sinnvollere Planungen und eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge zu gewährleisten.

- Wir fordern, dass diese Aspekte durch ausreichend Personal bedarfsdeckend sichergestellt werden. Nach der Ankunft soll jedeR Geflüchtete unkomplizierten Zugang zu medizinischer und psychologischer Betreuung haben. Es muss eine unabhängige, qualifizierte, kultursensible Verfahrens- und Sozialberatung verfügbar sein. Diese muss direkt in der Erstaufnahmeeinrichtung zur Verfügung stehen. In diesem Rahmen muss allen Geflüchteten eine umfangreiche Erstinformation gegeben werden. Auch hier müssen minderjährige unbegleitete Flüchtlinge besonders in den Blick genommen werden.
- Insbesondere Angebote speziell für geflüchtete Frauen müssen zur Verfügung stehen. Frauen sind aufgrund ihres Geschlechts oft von besonderen Fluchtgründen und besonderen Gefahren auf der Flucht betroffen. Diesen muss gesonderte Beachtung zukommen (vgl. „Geflüchtet. Mädchen und Frauen auf der Flucht“, Bundesfrauenkonferenz 2015).

Positionierung des BDKJ NRW zur Situation von Geflüchteten

5. Teilhabe

Aufgrund verschiedener gesetzlicher und struktureller Hürden wird vielen Geflüchteten das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe in großen Teilen verwehrt.

- Wir fordern den Abbau dieser andauernden Diskriminierung durch die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Jedem Menschen muss die Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Leben gewährt werden. Deshalb fordern wir, dass es für jede Geflüchtete und jeden Geflüchteten von Beginn an die institutionalisierte Möglichkeit gibt, die deutsche Sprache zu erwerben. Insbesondere auch Wartezeiten sollen, im Gegensatz zum bisherigen Verfahren, schon genutzt werden können, um Deutsch zu lernen.
- Kindern und Jugendlichen muss im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention der Besuch von Schulen bzw. Ausbildungseinrichtungen ermöglicht werden. Es muss sichergestellt sein, dass Jugendliche für die Dauer einer Ausbildung eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Es müssen flächendeckend internationale Förderklassen in allen Schulformen eingeführt werden.
- Ausländische Bildungsabschlüsse müssen schneller als bisher in Deutschland anerkannt werden. Der Vorrang für deutsche Arbeitnehmende muss als eindeutig diskriminierende Regelung abgeschafft werden.

6. Unterstützung des Ehrenamts

Da staatliche Akteure mit der aktuellen Situation in vielen Fällen an ihre Kapazitätsgrenzen geraten, ist das Ehrenamt in der Arbeit mit Geflüchteten unersetzbar. Wir erleben immer wieder, dass ehrenamtliches Engagement mit zahlreichen Hürden konfrontiert wird und wenig Unterstützung erfährt.

- Wir fordern für alle Menschen, die sich in der aktuellen Sondersituation in ihrer Freizeit für Geflüchtete einsetzen, eine entsprechende Anerkennung, die sich insbesondere durch Supervision und Begleitung sowie durch Qualifizierung von Ehrenamtlichen ausdrückt. Hierfür sind zusätzliche Ressourcen bereit zu stellen. Sachkosten und Aufwandsentschädigungen sollen übernommen werden. Es muss außerdem ehrenamtsfreundliche Regelungen für Sonderurlaub geben. Wir fordern Arbeitgeber auf, ihren ehrenamtlich engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Arbeitszeiten und Freistellungen entgegen zu kommen.
- Wir fordern eine Entlastung der Erwartungen an ehrenamtliche Unterstützende, um Überforderung und Überlastung vorzubeugen.

7. Rechte Gewalt, Rassismus und Diskriminierung

Entsetzt sind wir aktuell ganz besonders über die unzähligen rechten Gewalttaten. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte hat sich im letzten Jahr

Positionierung des BDKJ NRW zur Situation von Geflüchteten

mit 170 Fällen gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Für dieses Jahr befürchten wir mit Blick auf die aktuellen Vorkommnisse bereits nochmal höhere Zahlen.

- Wir fordern als Reaktion auf rechte Hetze und Gewalt eine eindeutige, unmissverständliche Positionierung der Politik. Geflüchtete müssen ohne „wenn“ und „aber“ durch die Polizei geschützt werden. Der Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung muss Prämisse des Handelns sein. Das Demonstrationsrecht muss gewahrt, aber rechte Gewalt nicht unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit toleriert werden.

Es müssen mehrsprachige Notruf-Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Gewalttaten müssen konsequent rechtlich verfolgt werden. Als Gegenpol zu rechter Gewalt sind vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen und Strukturen „gegen Rechts“ zu unterstützen.

- Wir fordern Politiker und Politikerinnen auf, in ihrer Alltagssprache Diskriminierung von Geflüchteten nicht zu legitimieren. Insbesondere auch der Umgang mit Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus sogenannten sicheren Herkunftsländern muss respektvoll verlaufen.

Wir sehen aber auch, und das erfüllt uns mit Mut, wie viele Menschen sich derzeit für eine menschenwürdige Behandlung der Geflüchteten einsetzen. Wir sehen vielerorts den politischen Willen in Kommunen und Gemeinden, die Menschen willkommen zu heißen und unzählige ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ihr Bestes tun. Dieses Engagement muss unterstützt und gestärkt werden, über den Tag hinaus, für eine solidarische Gesellschaft.